

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass vor dem Hintergrund des Sitzungskalenders die fachliche Diskussion im Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration erst nach der heutigen Kenntnisnahme durch den Haupt- und Finanzausschuss erfolge.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr Wagner, seine Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis. Im Fachausschuss erfolge dann eine eingehende Diskussion. Sollten sich hieraus Erkenntnisse für einen weiteren Beratungsbedarf im Haupt- und Finanzausschuss ergeben, erfolge eine entsprechende Antragstellung.

Frau Bergmann-Gries hielt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine Beratung des Berichtes nicht nur im Fachausschuss, sondern auch im Haupt- und Finanzausschuss für erforderlich.

Sie bat um eine Stellungnahme der Verwaltung zu der im Vorwort des Berichtes getroffenen Aussage zu den Vermittlungsschwierigkeiten bei Wohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen. Es bestehe vor diesem Hintergrund ein Bedarf an neuen Sozialwohnungen.

Der Bürgermeister erläuterte, dass im Neubaubereich des ehemaligen Opel-Kümpel-Geländes in Menden die Errichtung von neuen Sozialwohnungen vorgesehen sei. Auch im Bereich der Neubauvorhaben im Zentrum-West seien Sozialwohnungen errichtet worden. Bei privaten Wohnbauvorhaben habe die Verwaltung keinen Einfluss darauf, ob und ggf. mit welchen Fördermitteln eine Finanzierung erfolgt. Die Notwendigkeit des sozialen Wohnungsbaus werde auch seitens der Verwaltung gesehen.

Herr Gleß ergänzte, die Wohnungen im Bereich des ehemaligen Opel-Kümpel-Geländes würden durch Inanspruchnahme des Förderweges B erstellt. Die ursprünglich beabsichtigte Errichtung von Sozialwohnungen in zwei Baufeldern im Bereich Zentrum-West sei auf vier Baufelder erweitert worden. Die vorgenannten Entwicklungen stünden im Einklang mit der Beschlusslage.

Zu den Darstellungen in Tabelle 5 „Baufertigstellungen in Sankt Augustin“ des Berichtes sagte der Bürgermeister bis zur Sitzung des Fachausschusses eine Klärung zu. Nach dieser Grafik wurden seit dem Jahre 2004 keine Mietwohnungen mehr gefördert. Herr Radke erklärte hierzu, es könne sich hierbei um Wohnungen handeln, für die die Stadt das Erstbelegungsrecht habe.

Herr Metz sprach sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür aus, bei der Ausweisung von Neubaugebieten einen bestimmten Anteil für den sozialen Wohnungsbau vorzusehen. Er bat für die Sitzung des Fachausschusses am 13.05.2009 um eine kartografische Übersicht des vorhandenen sozialen Wohnungsbaus in Sankt Augustin mit differenzierter Darstellung der unterschiedlichen Förderwege und Angaben, ob es sich um Bestand oder Planungen handelt. Dem schloss sich Herr Radke an. Der Bürgermeister sagte dies zu.

Frau Jung vertrat die Auffassung, sozialer Wohnungsbau sei unter Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen in allen Ortsteilen zu betreiben. Hierzu solle eine weitere Beratung zum weiteren Vorgehen im Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration erfolgen. Herr Knülle erklärte, seitens der FDP-Fraktion seien im Rahmen der Diskussion zu den Festsetzungen im neuen Flächennutzungsplan diesbezüglich keine Vorschläge eingebracht worden.

Auf Einlassung von Herrn Knülle bestätigte der Bürgermeister, dass bei Verhandlungen mit Investoren zur Errichtung von Wohnbauvorhaben der bestehende Bedarf an Sozialwohnungen berücksichtigt werde.

Darüber hinaus sprach Frau Bergmann-Gries die im Bericht ausgewiesenen Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit der ARGE an. Herr Walterscheid empfahl, hierzu die Stellungnahme der ARGE in der Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration am 13.05.2009 abzuwarten. Denkbar wäre die Einrichtung einer „Clearingstelle“ im Bereich der ARGE zur Klärung von Zuständigkeitsproblemen.